
Vorsitz: Ukraine

957. PLENARSITZUNG DES RATES

1. Datum: Donnerstag, 27. Juni 2013

Beginn: 10.10 Uhr

Unterbrechung: 12.50 Uhr

Wiederaufnahme: 15.05 Uhr

Schluss: 16.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter I. Prokoptschuk

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitz im Namen des Ständigen Rates Rumänien im Zusammenhang mit einem Busunglück in Montenegro am 23. Juni 2013 seine Anteilnahme aus.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: REDE DES EXEKUTIVSEKRETÄRS DER
GEMEINSCHAFT UNABHÄNGIGER STAATEN,
S. E. SERGEI LEBEDEW

Vorsitz, Exekutivsekretär der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (PC.DEL/591/13), Belarus, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/576/13), Irland – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Moldau) (PC.DEL/583/13/Corr.1), Russische Föderation (PC.DEL/602/13), Usbekistan, Kirgisistan, Armenien, Afghanistan (Kooperationspartner)

Punkt 2 der Tagesordnung: OSZE-MISSION IN SKOPJE

Leiter der OSZE-Mission in Skopje (PC.FR/13/13 OSCE+), Irland – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Moldau) (PC.DEL/584/13/Corr.1), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/577/13), Russische Föderation (PC.DEL/604/13), Türkei (PC.DEL/590/13 OSCE+), Griechenland (Anhang 1), ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (Anhang 2), Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung: JAHRESBERICHT 2012 DES GENERAL-
SEKRETÄRS ÜBER DIE UMSETZUNG DER
REKRUTIERUNGSPOLITIK DER OSZE

Vorsitz, Generalsekretär, Irland – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau und San Marino) (PC.DEL/585/13/Corr.1), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/578/13), Russische Föderation (PC.DEL/601/13), Norwegen (PC.DEL/598/13 OSCE+), Türkei

Punkt 4 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

- (a) *Parlamentswahlen in Albanien am 23. Juni 2013*: Irland – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Georgien und Moldau) (PC.DEL/586/13), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/581/13), Parlamentarische Versammlung der OSZE, Albanien (PC.DEL/589/13)
- (b) *Zwangsräumung des Büros der Nichtregierungsorganisation „Für Menschenrechte“ in Moskau*: Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/579/13), Russische Föderation (PC.DEL/605/13)
- (c) *Die Todesstrafe in Belarus*: Irland – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; sowie mit Andorra, Moldau und San Marino) (PC.DEL/588/13), Schweiz (auch im Namen Liechtensteins und Norwegens) (PC.DEL/592/13), Belarus (PC.DEL/611/13)

- (d) *Kürzlich erfolgte Verabschiedung des sogenannten „Grenzgesetzes“ durch die transnistrische Seite: Moldau (PC.DEL/599/13), Irland – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien) (PC.DEL/587/13), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/580/13), Russische Föderation (PC.DEL/603/13), Vorsitz*

Punkt 5 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung des Berichts über die Tätigkeit des Amtierenden Vorsitzenden (CIO.GAL/85/13): Vorsitz*
- (b) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe am 14. Juni 2013 in Kiew: Vorsitz (CIO.GAL/85/13)*
- (c) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden am 18. und 19. Juni 2013 in Georgien: Vorsitz (CIO.GAL/85/13)*
- (d) *Fünfunddreißigstes Treffen im Rahmen des Ergneti-Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) am 21. Juni 2013: Vorsitz (CIO.GAL/85/13)*
- (e) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden mit der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration von Moldau, I. E. N. Gherman, am 21. Juni 2013: Vorsitz (CIO.GAL/85/13)*
- (f) *Vierundzwanzigste Runde der Internationalen Genfer Gespräche am 25. und 26. Juni 2013 in Genf: Vorsitz (CIO.GAL/85/13)*
- (g) *Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2013 am 19. und 20. Juni 2013 in Wien: Vorsitz (CIO.GAL/85/13)*

Punkt 6 der Tagesordnung: **BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS**

- (a) *Bekanntgabe der Verteilung eines schriftlichen Berichts des Generalsekretärs: Generalsekretär*
- (b) *Treffen des Generalsekretärs mit dem Stellvertretenden Generalsekretär der Vereinten Nationen, S. E. J. Eliasson: Generalsekretär*
- (c) *Ausschreibung des Postens des Direktors der OSZE-Akademie in Bischkek: Generalsekretär*
- (d) *Ausschreibung des Postens des Direktors der Stabsakademie für Grenzmanagement in Duschanbe: Generalsekretär*

Punkt 7 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Verabschiedung der Ständigen Vertreterin der Tschechischen Republik, Botschafterin V. Kuchyňová Šmigolová: Vorsitz, Tschechische Republik*
- (b) *Treffen der Kontaktgruppe für die Kooperationspartner im Mittelmeerraum am 21. Juni 2013 in Wien: Schweiz (PC.DEL/593/13 OSCE+), Vorsitz*
- (c) *Fünfter Weltkongress gegen die Todesstrafe vom 12. bis 15. Juni 2013 in Madrid: Spanien (auch im Namen Frankreichs, Norwegens und der Schweiz) (Anhang 3)*
- (d) *Besuch von Wahlexperten des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE in Litauen: Litauen*
- (e) *Internationaler Tag der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Opfer der Folter am 26. Juni 2013: Vereinigtes Königreich*
- (f) *Präsidentschaftswahlen in der Mongolei am 26. Juni 2013: Mongolei*
- (g) *Konferenz über die „Verhütung des illegalen Drogenhandels im Internet“ am 25. und 26. Juli 2013 in Wien: Vorsitz*
- (h) *Auswahlverfahren für die Position des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten: Vorsitz*
- (i) *Erstes Treffen der informellen Arbeitsgruppe über die Beitragsschlüssel am 1. Juli 2013 in Wien: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Dienstag, 2. Juli 2013, 11.00 Uhr im Neuen Saal



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Ständiger Rat

PC.JOUR/957

27 June 2013

Annex 1

GERMAN

Original: ENGLISH

957. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 957, Punkt 2 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GRIECHENLANDS

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich schließe mich voll und ganz der Erklärung der Europäischen Union an, doch möchte ich im Namen meines Landes noch Folgendes feststellen.

Was die Erklärungen der Delegationen im Anschluss an die Präsentation des Berichts des Leiters der OSZE-Mission in Skopje, Botschafter Breth, betrifft, möchte ich daran erinnern, dass das Gastland der Mission unserer Organisation mit Beschluss Nr. 81 des Ständigen Rates vom 12. Oktober 1995 als Teilnehmerstaat der OSZE begrüßt wurde. Darin hieß es:

„... Dieser Staat wird bis zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten über seinen Namen in allen OSZE-Angelegenheiten vorläufig als ‚die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien‘ bezeichnet werden.“

Ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages des Ständigen Rates beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

957. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 957, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER EHEMALIGEN JUGOSLAWISCHEN
REPUBLIK MAZEDONIEN**

Danke, Herr Vorsitzender.

Namens meiner Delegation möchte auch ich Botschafter Breth und sein fähiges Team hier im Ständigen Rat willkommen heißen und bei dieser Gelegenheit betonen, welche wichtige Rolle die Mission für die Unterstützung der Reformprozesse der Regierung auf verschiedenen Gebieten im Rahmen unserer europäischen Integrationsagenda spielt. Ich möchte auch unterstreichen, wie wichtig enge Kontakte und eine regelmäßige Kommunikation zwischen den Gesprächspartnern sind.

Wir haben den Bericht eingehend studiert und erachten ihn als sehr ausführlich. Wir begrüßen auch die Kommentare und Ansichten, die die verehrten Delegierten heute dazu äußerten, und haben sie zur Kenntnis genommen.

Ich möchte heute unserem Bedauern darüber Ausdruck geben, dass die Gelegenheit für einen konstruktiveren Bericht versäumt wurde, der neben einer kritischen Analyse und einem Überblick über die Mängel auch auf die positiven Bemühungen und Leistungen eingeht, die wir bei der Gestaltung unserer Demokratie aufzuweisen haben.

Wir haben den Eindruck, dass der Bericht nur einige wenige positive Bemühungen erwähnt, die die Behörden zum Aufbau einer multikonfessionellen und multikulturellen Gesellschaft – sei es aufgrund politischer Vorgaben oder legislativer bzw. ordnungspolitischer Maßnahmen – unternehmen.

Zu unserer Überraschung kam der Bericht gerade drei Wochen nach unserem Treffen zur Besprechung des Programmentwurfs für das nächste Jahr, bei dem wir produktivere Gespräche erlebten und andere – positivere – Ansichten und Vorstellungen hörten.

Wir akzeptieren und erwarten Kritik, damit wir bestimmten Mängeln abhelfen können, erwarten jedoch auch ein konstruktives Vorgehen, von praktischen Beispielen gestützte Behauptungen und eine Gesamtschau, die dem ganzen Bild gerecht wird.

Es erübrigt sich der Hinweis darauf, dass die Republik Mazedonien und die Mission ein gemeinsames Interesse verfolgen, nämlich unsere demokratische Gesellschaft voranzubringen.

Herr Botschafter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

die Republik Mazedonien trifft eine Reihe institutioneller und ordnungspolitischer Maßnahmen, um ihre europäische und euroatlantische Agenda zu straffen und auszubauen.

Wie Sie wissen, wurden beide Integrationsprozesse, der europäische wie der euroatlantische, die für alle Segmente der mazedonischen Gesellschaft als Motivationsfaktor nach wie vor von größter Bedeutung sind, blockiert. Wir begrüßen es, dass der Bericht unmissverständlich darauf eingeht, wie sich das auf die mazedonische Gesellschaft auswirkt.

Ungeachtet dessen stehen wir nach wie vor fest zu diesen beiden Agenden. Es ist wichtig, dass sich die soziale Energie auch weiterhin auf die Integrationsfragen konzentriert. Wir sind der OSZE sehr dankbar für die unterstützende Rolle, die sie bei der Durchführung der Aktivitäten der mazedonischen Regierung zur Verwirklichung dieser Ziele übernommen hat, die zweifellos zur Stärkung der Sicherheit und Förderung der Rechte aller Gemeinschaften beitragen. Dennoch möchte ich betonen, dass die Schlüsselakteure diesbezüglich die mazedonischen Behörden und die mazedonische Gesellschaft sind.

Das Ziel des derzeitigen Reformprozesses ist die Gestaltung einer Gesellschaft nach den Wünschen und Interessen unserer Bürger. Lassen Sie mich einige wenige nationale Vorhaben (nach dem Zufallsprinzip) herausgreifen, die als stichhaltige Erwiderung auf die im Bericht beanstandeten Mängel zu verstehen sind:

Politischer Dialog: Ich freue mich, dem Ständigen Rat mitteilen zu können, dass die politischen Gegner trotz der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem politischen Dialog zwischen den Parteien sich darauf geeinigt haben, eine Kommission einzurichten, die die unglücklichen Ereignisse vom 24. Dezember untersuchen soll, die zu einem Parlamentsboykott durch die Opposition geführt haben. Die Untersuchungskommission trat bereits am 14. Juni zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und wurde weitere Male einberufen. Das ist ein gutes Zeichen für die mögliche Fortsetzung und Wiederbelebung des politischen Dialogs, der gefährdet war.

Medienfreiheit: Vor einigen Wochen gaben wir in Erwiderung auf eine Rede der Beauftragten für Medienfreiheit (RFoM), Frau Mijatović, vor dem Ständigen Rat eine ziemlich ausführliche und eingehende Erklärung ab. Darin wiesen wir auf einige unserer Vorhaben in diesem äußerst wichtigen Bereich hin. Ich habe nicht die Absicht, hier erneut auf die Erfolgsgeschichte des Gesetzes über die zivilrechtliche Haftung für Verleumdung und üble Nachrede einzugehen, sondern möchte Ihre Aufmerksamkeit lieber auf das Gesetz über Medien und audiovisuelle Mediendienste lenken und damit auf Ihre diesbezüglichen Besorgnisse eingehen. Dieses vom Ministerium für Informationsgesellschaft und Verwaltung eingebrachte Gesetz ging am 8. April in das öffentliche Anhörungsverfahren. Seither fanden mit den betroffenen Akteuren mehr als 40 Konsultationstreffen und Anhörungen statt. Der mazedonische Journalistenverband war aktiv in den öffentlichen Konsultationsprozess eingebunden. Die Regierung bemühte sich auch um eine Begutachtung des Gesetzesentwurfs durch das Büro der RFoM und den Europarat, die es erhielt. Ich möchte Sie darüber

informieren, dass die öffentlichen Konsultationen zum verbesserten Gesetzesentwurf fortgesetzt und in das ordnungsgemäße Gesetzesverfahren einfließen werden. Seien Sie versichert, dass wir der Fortsetzung unserer Zusammenarbeit mit dem Büro der Medienbeauftragten Mijatović nach Treu und Glauben entgegensehen.

Was die Integration der ethnischen Roma und ihre Bewegungsfreiheit anbelangt, möchte ich erneut betonen, dass die Republik Mazedonien keine formalen oder bürokratischen Ausreisebeschränkungen vornimmt. Ich möchte darüber hinaus auch betonen, dass es keine Strategie gibt, irgendeinem Bürger der Republik Mazedonien, ungeachtet seiner ethnischen Zugehörigkeit oder eines anderen Hintergrunds, eine Ausreiseerlaubnis zu verweigern. Es sind ressortübergreifende Maßnahmen geplant, um die Zahl der Asylsuchenden, die falsche Angaben machen oder falsche Tatsachen vorspiegeln, zu verringern. Die Anwendung dieser Maßnahmen erfolgt nichtselektiv und unvoreingenommen und im Einklang mit dem Gesetz, das den Grenzübertritt regelt. Mazedonien erweist sich damit als einer der Vorreiter unter den Ländern, die konkrete Maßnahmen zur Förderung der politischen, rechtlichen, kulturellen und sozioökonomischen Integration von Roma einsetzen.

Die Regierung der Republik Mazedonien misst der Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid (OFA) nach wie vor große Priorität bei. Wie aus dem im vergangenen Sommer verabschiedeten Bericht über die Umsetzung des OFA hervorgeht, gab es hier beträchtliche Fortschritte. Der Bericht stellt ein wertvolles Instrument für weiterführende Bemühungen dar, insbesondere in den Bereichen der gleichberechtigten Vertretung aller ethnischen Gemeinschaften und des Gebrauchs von Sprachen, die keine Mehrheitsprachen sind, sowie im Hinblick auf die Umsetzung der Bestimmungen des Rahmenabkommens auf lokaler Ebene. Ich möchte sie davon unterrichten, dass derzeit die zweite (quantitative) Phase der OFA-Überprüfung läuft und der Staat mit 100 000 EUR zur Finanzierung beiträgt.

In den letzten elf Jahren der Umsetzung des OFA haben die multiethnische Gesellschaft Mazedoniens und unsere Institutionen bewiesen, dass sie die Kapazität haben, mit den Herausforderungen verschiedenster Art (die wir nicht in Frage stellen) umzugehen. Diesbezüglich war und ist das Abkommen selbst ein grundlegendes Werkzeug für den Aufbau einer gemeinsamen Zukunft. Lassen Sie mich im Zusammenhang damit unterstreichen, dass sporadische interethnische Zwischenfälle isoliert auftreten und nicht das Potenzial besitzen, die Stabilität des Landes zu untergraben.

Um den Zusammenhalt der mazedonischen Gesellschaft auf lange Sicht sicherzustellen, hat die Regierung große Anstrengungen zur Stärkung der Integration der verschiedenen Volksgruppen in allen Lebensbereichen unternommen. Ich möchte erneut darauf hinweisen, dass der Aufbau einer multiethnischen Gesellschaft ein sehr komplexer Prozess ist, der eine Fülle von Maßnahmen erfordert und viele verschiedene Phänomene umfasst. Derartige Prozesse kennen keine einfachen Lösungen. Sie entwickeln sich auch nicht von heute auf morgen. Das ist uns nur allzu bewusst, ebenso wie unsere Realität und Zukunft als Vielvölkerstaat. Deshalb taugen Schlagworte wie gespaltene Gesellschaft, Vertrauensmangel, abgeschottete Gemeinschaften und andere weder als Beschreibung noch als Erklärung der spezifischen Verhältnisse in Mazedonien. Derartige vorgefasste Urteile und Wahrnehmungen sind zu subjektiv, um nicht zu sagen psychologisch, und laufen Gefahr, unsere Aufmerksamkeit fehlzuleiten und von den eigentlichen Integrationsbemühungen abzulenken.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Zahlen der Volksanwaltschaft, die eine allmähliche Zunahme des Anteils Albanischstämmiger in der öffentlichen Verwaltung auf 17,8 Prozent und einen Anteil von 14,8 Prozent auf Managerposten ausweisen, ein verlässlicher Indikator für diese Bemühungen sind.

Ich bin sicher, dass es dem Leiter der Mission, Botschafter Breth, als ehemaligem bilateralem Botschafter in Mazedonien ein Leichtes sein wird, diese Zahlen mit denjenigen von vor einigen Jahren zu vergleichen und daran die beachtlichen Fortschritte dieser Integrationspolitik zu erkennen.

Das Bildungswesen war und ist ein wichtiger Bestandteil dieser Bemühungen. Die Regierung erachtet die integrierte Bildungsstrategie als wichtiges Dokument, das ein umfassendes Bündel an einschlägigen Maßnahmen und Empfehlungen enthält. Ihre Umsetzung hat bereits erste Früchte getragen, obwohl die Fortschritte nicht in allen Sachgebieten gleich waren. Wir freuen uns nichtsdestoweniger darüber, dass sie den Erfolg des bilingualen und multikulturellen Bildungsprogramms *Mozaik* besonders erwähnt haben. Es wird Ihnen, Herr Botschafter, nicht unbekannt sein, dass es auch andere Beispiele gibt, wie etwa die weiterführende betriebswirtschaftlich orientierte Schule *Arsenij Jovkov* in Skopje, an der man sehen kann, wie eine multiethnische akademische Einrichtung funktioniert.

Herr Vorsitzender, ich möchte abschließend den Ständigen Rat davon unterrichten, dass wir es in der Sitzung des Vorbereitungsausschusses zur Programmvorschau für 2014 am 4. Juni begrüßten, dass – wie aus diesem Dokument hervorgeht – einige Aktivitäten im Bereich bürgernahe Polizeiarbeit und Wahlen auslaufen sollen. Wir begrüßten darüber hinaus die Absicht der Mission, weiterhin nach möglichen Bereichen für Ausstiegsstrategien zu suchen, und in Verbindung damit die Tendenz zu einer weiteren Verkleinerung der Mission. Die Mission sollte jetzt ihre Ressourcen dort auf unseren Reformprozess konzentrieren, wo die OSZE einen konkreten Beitrag leisten kann. Wir halten auch eine schrittweise Übertragung von Verantwortlichkeiten an nationale Mitarbeiter für notwendig, wozu wir uns auch gemeinsam verpflichtet haben.

Zu guter Letzt möchte ich noch unserer festen Überzeugung Ausdruck verleihen, dass die Schließung der Außenstelle in Tetovo im Lichte der von uns mehrfach vorgebrachten Argumente weiter erörtert werden sollte.

Gestatten Sie mir also, Herr Vorsitzender, in Erwartung unserer weiteren Zusammenarbeit Botschafter Breth und seinem fähigen Team eine sichere Heimreise in das mazedonische Skopje zu wünschen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

957. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 957, Punkt 7 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS
(AUCH IM NAMEN FRANKREICHS, NORWEGENS UND
DER SCHWEIZ)**

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung erfolgt im Namen Frankreichs, Norwegens, der Schweiz und Spaniens.

Ich möchte alle Delegationen davon unterrichten, dass der fünfte Weltkongress gegen die Todesstrafe vom 12. bis 15. Juni in Madrid (nach Straßburg 2001, Montreal 2004, Paris 2007 und Genf 2010) abgehalten wurde.

Organisiert wurde der Weltkongress von der französischen NGO *Ensemble contre la peine de mort* (Gemeinsam gegen die Todesstrafe) und der Weltkoalition gegen die Todesstrafe (zu der sich mehr als 135 Vereinigungen gegen die Todesstrafe aus der ganzen Welt zusammengeschlossen haben) mit politischer und wirtschaftlicher Unterstützung durch den Gastgeber Spanien und die drei Ko-Sponsoren (Frankreich, Norwegen und der Schweiz).

Die Zusage der letzten spanischen Regierung, den fünften Kongress in Madrid abzuhalten und zu seiner Finanzierung beizutragen, wurde von der aktuellen Regierung zur Gänze übernommen.

An dem Kongress nahmen Minister aus Drittstaaten in noch nie dagewesener Zahl teil, darunter auch aus Staaten wie dem Irak, die weiterhin an der Todesstrafe festhalten; dies zeigt, mit welcher Offenheit der Dialog auf dem Kongress geführt wurde.

In der Eröffnungssitzung sprachen die Minister (bzw. stellvertretenden Minister) für auswärtige Angelegenheiten der vier Ko-Sponsorenländer, die Justizministerin der Philippinen, der Justizminister des Irak, der Außenminister von Benin, der Berater des Präsidenten von Tunesien und die Ministerin für Menschenrechte von Burkina Faso. Unter den Teilnehmern befanden sich der Justizminister von Algerien und zahlreiche Botschafter. Der Generalsekretär der Internationalen Organisation der Frankophonie und der Generalsekretär der Vereinten Nationen sandten Videobotschaften.

In der Schlussitzung sprachen die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Navi Pillay, der Sonderbeauftragte der Europäischen Union für Menschenrechte, Stavros Lambrinidis, der Präsident der Internationalen Kommission gegen die Todesstrafe, Federico Mayor Zaragoza, und Minister Robert Badinter, einer der Vorkämpfer für die Abschaffung der Todesstrafe.

Der Kongress in Madrid war ein internationales Großereignis, wie folgende Zahlen belegen: 1 200 Teilnehmer aus mehr als 90 Ländern, darunter über 200 Teilnehmer und Journalisten aus Ländern, die an der Todesstrafe festhalten, 21 Diskussionsrunden.

Von den Strategien und Vorschlägen, die auf dem Kongress unterbreitet wurden, seien insbesondere die Initiativen der Parlamentarier aus der arabischen Welt im Hinblick auf den Aufbau nationaler Netzwerke gegen die Todesstrafe und die Initiative der britischen Abgeordneten Vivien Helen Stern für die Schaffung eines weltweiten Parlamentarier-netzwerks gegen die Todesstrafe erwähnt; die Initiativen sollen – so hofft man – bereits Ende 2013 umgesetzt werden.

Die Ko-Sponsoren Frankreich, Norwegen, Schweiz und Spanien traten nachdrücklich für die ausnahmslose Abschaffung der Todesstrafe ein und lehnten die Todesstrafe unter allen Umständen, unabhängig von der Schwere der Straftat, ab. Wir erachten sie als grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe, die gegen die Menschenwürde verstößt und darüber hinaus nachweislich keinerlei abschreckende Wirkung auf die Täter hat und deren Folgen im Falle eines Justizirrtums nicht wieder gut zu machen sind.

Auf dem Kongress wurde deutlich, dass einerseits der Trend weltweit in Richtung Abschaffung geht, es aber sehr wohl auch eine Minderheit von Ländern gibt, die an der Todesstrafe festhalten, weshalb es notwendig ist, mit vereinten Kräften die Arbeit durch Initiativen wie diese fortzusetzen.

Auf dem Kongress kristallisierten sich drei grundsätzliche Überlegungen heraus:

1. Der Staat und die Gesellschaft können und müssen mittels verschiedener Strategien, die nicht notwendigerweise mit einander im Einklang stehen, jedoch dasselbe Ziel verfolgen, gemeinsam auf die Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten.
2. Es gibt stichhaltige rechtliche und fachliche Argumente, die die Ablehnung der Todesstrafe unter allen Umständen und unabhängig von der Schwere der begangenen Straftat begründen.
3. Die Abschaffung der Todesstrafe ist nicht nur ein europäisches sondern ein weltweites Anliegen. Die Menschenrechte sehen keine Ausnahmen aus kulturellen oder religiösen Gründen vor. Niemand hat den alleinigen Anspruch auf die Menschenwürde, sie gehört allen.

Und schließlich sind Frankreich und Spanien, die – wie auch die Europäische Union – die Abschaffung der Todesstrafe zu einer ihrer außenpolitischen Prioritäten auf dem Gebiet der Menschenrechte gemacht haben, ebenso wie Norwegen und die Schweiz der Ansicht, dass der fünfte Weltkongress gegen die Todesstrafe voll und ganz mit den Verpflichtungen der OSZE im Einklang steht, die Frage der Todesstrafe weiter zu prüfen, mit den

maßgeblichen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten und Informationen über die Abschaffung der Todesstrafe auszutauschen.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal der heutigen Sitzung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.